

Dienststelle _____

Az: _____

_____ , den

Telefon:
Bearbeiter:
E-Mail:

Sächsisches Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Antrag auf Einwilligung in eine

- überplanmäßige
 außerplanmäßige

Ausgabe im Haushaltsjahr _____

[Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen]

1.1 Einzelplan _____ Kapitel _____ Titel _____ FKZ _____

Zweckbestimmung:

- Der Ansatz ist übertragbar Der Ansatz ist nicht übertragbar

1.2 Der Ansatz unterliegt keiner Sperre

- Der Ansatz unterliegt der Sperre nach _____ die Sperre wurde verlagert
 die Sperre wurde aufgehoben

2. Haushaltsansatz _____ EUR

gebildeter Ausgaberes (+) / Vorgriff (-)
aus dem abgelaufenen Haushaltsjahr _____ EUR

Verstärkung durch Deckungsfähigkeit gem. _____

zu Lasten von Kap. _____ Tit. _____

- ist erfolgt in Höhe von _____ EUR
 ist darüber hinaus möglich in Höhe von _____ EUR
 ist nicht möglich, weil _____

Veränderung durch gekoppelte Mehr- oder Mindereinnahmen

bei Kap. _____ Tit. _____ _____ EUR

Im laufenden Jahr bereits erteilte Einwilligung zu üpl./apl. Ausgaben _____ EUR

(SMF vom _____ Az _____)

Nach derzeitigem Stand _____
(Tag der Ausfertigung)

verfügbarer Betrag für _____ _____ EUR

Davon ab

gezahlt bis zum _____ – _____ EUR
(Tag der Antragstellung)

über den gezahlten Betrag hinaus festgelegt

bis _____
(Tag der Antragstellung)

auf Grund

a) bestehender Rechtsverpflichtungen *) – _____ EUR

b) interner Planungen *) – _____ EUR

noch verfügbar am _____ EUR
(Tag der Antragstellung)

Betrag der (weiteren) üpl./apl. Ausgaben _____ EUR

3. Die üpl./apl. Ausgabe soll der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen dienen. Die Rechtsverpflichtung beruht auf _____

Die üpl./apl. Ausgabe soll nicht der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen dienen.

4. Einsparung

Die Mehrausgaben werden innerhalb der verfügbaren Ausgaben im Einzelplan _____
haushaltsmäßig eingespart.

Einsparstelle/n
Kapitel _____ Titel _____ Betrag _____
Kapitel _____ Titel _____ Betrag _____

Die endgültige Einsparstelle wird unverzüglich nach ihrer Festlegung, spätestens zum Schluss des Haushaltsjahres mitgeteilt.

Keine Einsparung, da Vorgriffsbehandlung.

Sonstiges:

*) Erläuterungen gegebenenfalls unter 6.1

5. Vorgriff

- Die Mehrausgabe wird nach § 37 Abs. 6 Satz 1 SäHO als Vorgriff behandelt.
- Es wird beantragt, auf eine Vorgriffsbehandlung nach § 37 Abs. 6 Satz 2 SäHO zu verzichten, weil
 - für das nächste Haushaltsjahr kein Ansatz vorgesehen ist
 - der Vorgriff im Ansatz des nächsten Haushaltsjahres nicht aufgefangen werden kann und zu einer üpl. Ausgabe führen würde:
- _____

6.1 Begründung für das Staatsministerium der Finanzen *)

Das Bedürfnis ist

- unvorhergesehen, weil _____

- unabweisbar
 - aus sachlichen Gründen, weil _____

 - aus zeitlichen Gründen (nicht aufschiebbar bis zum nächsten Haushalt), weil _____

6.2 In die halbjährlichen Mitteilungen an den Landtag sowie in die Haushaltsrechnung aufzunehmende

Kurzbegründung: **)

(Unterschrift)

*) falls der vorgesehene Raum nicht ausreicht, bitte zusätzliches Blatt verwenden
**) Verweis auf Nummer 6.1 genügt nicht

Raum für den Einwilligungsvermerk des **Staatsministeriums der Finanzen:**

Dienststelle
Aktenzeichen

, den

Telefon:
Bearbeiter:
E-Mail:

Sächsisches Staatsministerium
 der Finanzen
 Carolaplatz 1
 01097 Dresden

**Antrag auf Einwilligung
 in eine**

- überplanmäßige**
 außerplanmäßige

Verpflichtungsermächtigung

im Haushaltsjahr _____

Kapitel	Titel														
Zweckbestimmung															
	Gesamt-Betrag														
	EUR														
	davon fällig														
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%; text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">EUR</td> <td style="text-align: center;">spätere Haushalts- jahre EUR</td> </tr> </table>	_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	spätere Haushalts- jahre EUR
_____	_____	_____	_____	_____	_____	_____									
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	spätere Haushalts- jahre EUR									
Verpflichtungsermächtigungen gemäß Ansatz im Haushaltsplan zuzügl. bereits vorliegender üpl./apl. Verpflichtungsermächtigungen (Einwilligung vom , _____ Az _____) Verpflichtungsrahmen davon sind in Anspruch genommen ... Erforderlicher Verpflichtungsrahmen Mithin (weitere) über-/außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen Einsparung bei Verpflichtungsermächtigungen bei Kap. _____ Tit. _____															
I. Begründung für das Staatsministerium der Finanzen¹: Das Bedürfnis ist unvorhergesehen, weil															

¹ Falls der vorgesehene Raum nicht ausreicht, bitte zusätzliches Blatt verwenden.

unabweisbar
aus sachlichen Gründen, weil

aus zeitlichen Gründen, weil

II. In die halbjährlichen Mitteilungen an den Landtag und in die Haushaltsrechnung aufzunehmende Kurzbegründung:
(Verweis auf Ziffer I genügt nicht)

Unterschrift

Raum für den Einwilligungsvermerk des **Staatsministeriums der Finanzen:**

 Bezeichnung der Behörde

 Ort und Tag

Az.: _____

Antrag¹ auf Erteilung der Einwilligung in eine
Verpflichtungsermächtigung
 Haushaltsjahr _____

Kap. _____

 Bezeichnung

Tit. _____

 Zweckbestimmung

Ansatz der Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan
 Davon in Anspruch genommen
 Betrag der Verpflichtungsermächtigung

Gesamtbetrag	Davon zur Zahlung fällig			
	_____	_____	_____	Folge- jahre
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR

Begründung für das Staatsministerium der Finanzen:

An

Unterschrift

¹ Der Antrag ist beim Staatsministerium der Finanzen von der zuständigen obersten Dienstbehörde einzureichen.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

An

(Antrags- oder Bewilligungsbehörde)

Ort, Datum

Zutreffendes bitte ankreuzen ☑ oder ausfüllen

1. Antragsteller

Bei Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften sind auf gesondertem Blatt die Mitglieder und der Umfang ihrer Beteiligung anzugeben. Die Übersicht nach Muster 2 zu § 44 SÄHO ist gegebenenfalls für alle beteiligten Gemeinden beizufügen.

<input type="checkbox"/> Stadt	<input type="checkbox"/> Gemeinde	<input type="checkbox"/> Verwaltungs- verband	<input type="checkbox"/> Verwaltungs- gemeinschaft	<input type="checkbox"/> Landkreis	<input type="checkbox"/> Zweck- oder anderer kommunaler Verband
Name (mit Angabe des Landkreises)					
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)					
Bankverbindung (BIC, IBAN)					
Auskunft erteilt			Ortsnetzkennzahl, Fernsprech-Nummer, Nebenstelle		
Region		Gemeindekennziffer <small>nach dem systematischen Schlüsselverzeichnis (ohne Kennziffer für das Land) des Statistischen Landesamtes</small>			
		Zentraler Ort <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, eingestuft als			
<input type="checkbox"/> Oberzentrum		<input type="checkbox"/> Mittelzentrum		<input type="checkbox"/> Unterzentrum	

2. Maßnahme (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme)

3. Gesamtkosten

Hinweis: Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Kosten ohne Umsatzsteuer anzugeben. Bei Baumaßnahmen ist eine Kostengliederung stets und bei Untersuchungen, Planungen und Beschaffungen dann beizugeben, wenn es von der Bewilligungsbehörde für erforderlich gehalten wird.

EUR	◀ Gesamtkosten - gegebenenfalls laut beiliegender Kostengliederung
EUR	◀ davon entfallen auf den zur Förderung beantragten Abschnitt <small>[Angabe nur bei größeren, selbständig nutzbaren Planungs-, Untersuchungs- oder Durchführungs- (Bau)abschnitten, auf die auch die Finanzierung (Nummer 6) abgestellt ist. Zeitliche Aufteilung und damit Finanzierungsabschnitte ergeben sich aus Nummer 8.]</small>
EUR	Von den der Finanzierung zu Grunde gelegten Kosten (Nummer 6) sind zuwendungsfähig

4. Zu den Gesamtkosten Kosten des Abschnitts werden hiermit folgende Zuwendungen beantragt:

Zuwendungsbereich	Zuweisung EUR	Darlehen EUR
Insgesamt		

Sonstige Zuwendungen (zum Beispiel Schuldendiensthilfen)

5. Weitere Zuwendungen

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt beziehungsweise bewilligt (bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem ° zu kennzeichnen):

Zuwendungsbereich	Zuweisung EUR	Darlehen EUR
Insgesamt		
Sonstige Zuwendungen		

6. Finanzierung

Zuwendungen laut Nummer 4	_____	EUR
Zuwendungen laut Nummer 5	_____	EUR
Zuwendungen von Kommunen Zuwendungsgeber:	_____	EUR
Beiträge Dritter Rechtsgrundlage (zum Beispiel KAG)	_____	EUR
Darlehen mit Schuldendiensthilfe	_____	EUR
Übrige Eigenmittel	_____	EUR
Gesamtkosten	= = = = =	EUR

7. Für Baumaßnahmen:

Vorgesehener Baubeginn:	_____
Vorgesehene Fertigstellung:	_____

8. Von den Kosten entfallen voraussichtlich an (beziehungsweise sind angefallen):

Zeitraum	EUR	davon zuwendungsfähig EUR
In den Vorjahren		
Im laufenden Jahr 20__		
20__		
20__		
20__ und folgende		

9. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beziehungsweise vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns in Angriff genommen wird.

10. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

berechtigt nicht berechtigt ist.

11. Ergänzende Angaben und gegebenenfalls Anlagenübersicht (soweit erforderlich, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

Hinweis: Die Daten von Antragstellern auf Fördermittel werden gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 273), in der jeweils geltenden Fassung, in einer landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank zum Zwecke der laufenden Analyse der Förderpraxis, der Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht und der Vermeidung rechtswidriger Förderung verarbeitet.

Unterschrift

Dienstsigel

Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen)

(genaue Bezeichnung des Zuwendungsempfängers)

Betreff: Zuwendungen des Freistaates Sachsen hier: (Bezeichnung des Förderprogramms)

Bezug: Ihr Antrag vom _____

Anlagen: Abdruck der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) oder zur Projektförderung (ANBest-P/ANBest-K) (soweit beim Zuwendungsempfänger nicht bereits vorliegend)

(gegebenenfalls Besondere Nebenbestimmungen)
Vordruck für Empfangsbestätigung und Rechtsbehelfsverzicht
Vordruck für Anforderung der Landesmittel
Vordruck für Verwendungsnachweis

Sehr geehrte(r) _____

Ich bewillige Ihnen als Festbetrags-/Anteil-/Fehlbedarfsfinanzierung für die Zeit

vom _____ bis _____ (Bewilligungszeitraum) eine rückzahlbare/bedingt
rückzahlbare/nicht rückzahlbare Zuwendung in Höhe von/in Höhe von bis zu _____ EUR
(in Worten: _____ Euro).

Die Zuwendung wird als institutionelle Förderung/Projektförderung bewilligt.

Die Mittel sind zweckgebunden und entsprechend Ihrem Antrag – unter Berücksichtigung nachstehender
Änderung – bestimmt für

_____.

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen Gegenstände sind _____ Jahre für den Zuwendungszweck
gebunden.

Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind die beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für
Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I)/zur Projektförderung (ANBest-P/ANBest- K/ANBest-
P-Kosten) sowie die ebenfalls beigefügten/nachstehenden Besonderen Nebenbestimmungen.

Bei Projektförderung mit einer Zuwendung bis 100 000 EUR, sofern in der Förderrichtlinie nichts Abweichendes bestimmt ist:

Es wird ein einfacher Verwendungsnachweis nach Nummer 6.9 ANBest-P zugelassen.

Den von Ihnen vorgelegten Finanzierungs-/Haushalts-/Wirtschaftsplan erkläre ich nach Maßgabe der Allgemeinen Nebenbestimmungen – mit folgender Änderung – für verbindlich. Der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt danach _____EUR.

Die im Finanzierungs-/Haushalts-/Wirtschaftsplan geltend gemachten Ausgaben können nicht in voller Höhe anerkannt werden, weil _____

Die Zuwendung kann grundsätzlich erst nach Ablauf der nachstehend genannten Rechtsbehelfsfrist ausbezahlt werden. Eine frühere Auszahlung ist möglich, wenn Sie schriftlich mitteilen, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten und die Voraussetzungen nach Nummer 1.5 ANBest-I/Nummer 1.4 ANBest-P/Nummer 1.3 ANBest-K vorliegen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

a) Wenn der Zuwendungsbescheid von einer obersten Landesbehörde (Ministerium) erlassen wird (vergleiche §§ 68, 81, 82 VwGO):

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht in _____ (Anschrift des nach § 52 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO – zuständigen Gerichts) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

b) Wenn der Zuwendungsbescheid von einer **anderen Behörde** erlassen wird (vergleiche §§ 68, 70, 58 VwGO):

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist bei _____ (Anschrift der Behörde, die den Zuwendungsbescheid erlassen hat) schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)
(Funktion/Amtsbezeichnung)

Erläuterungen

Bauart/Bauweise:

Bauart	1 Mauerwerksbau	2 Massenbetonbau	Bauweise	1 Ortbauweise
	3 Stahlbetonskelettbau	4 Großtafelbau		2 Fertigteilbauweise
	5 Raumzellenbau	6 Stahlskelettbau		3 Mischbauweise
	7 Holzbau			

Es ist eine dreistellige Schlüsselzahl einzutragen. Die beiden ersten Ziffern stehen für die Bauart, die dritte für die Bauweise. Soweit nur eine Bauart vorkommt, ist als zweite Ziffer eine Null einzutragen.

Beim Zusammentreffen mehrerer Bauarten ist die erste Stelle für die überwiegende, die zweite Stelle für die sekundäre Bauart zu verwenden. **Beispiel:** Stahlbetonskelettbau in Ortbauweise - Eintrag: 301

Grundflächen und Rauminhalte nach DIN 277: Alle Flächen sind auf volle m², alle Rauminhalte auf volle m³ zu runden. Es bedeutet gemäß DIN 277:

- Bereich a: überdeckt und allseitig in voller Höhe umschlossen
- Bereich b: überdeckt, jedoch nicht allseitig in voller Höhe umschlossen
- Bereich c: nicht überdeckt

Flächen des Baugrundstücks		m ²
Bebaute Fläche	BF	
Unbebaute Fläche	UF	
Fläche des Baugrundstücks	GF	

Untergeschossanzahl	UGZ	
Obergeschossanzahl	OGZ	
Bauart/Bauweise	BAW	

DIN 277	Grundflächen	Flächen m ²	vom Hundert ^{**})
	genehmigte Raumprogrammfläche		_____
NUF 1	Wohnen und Aufenthalt		
+ NUF 2	Büroarbeit		
+ NUF 3	Produktion/Experimente		
+ NUF 4	Lagern/Verteilen/Verkaufen		
+ NUF 5	Bildung/Unterricht/Kultur		
+ NUF 6	Heilen/Pflegen		
= NUF ₁₋₆	Hauptnutzfläche a		
+ NUF 7	Nebennutzfläche a		
= NUF a	Nutzfläche a		
+ TF a	Technikfläche a		
+ VF a	Verkehrsfläche a		
= NRF a	Netto-Raumfläche a		
+ KGF	Konstruktions-Grundfläche		
= BGF a	Brutto-Grundfläche a		
+ BGF b	Brutto-Grundfläche b		
+ BGF c	Brutto-Grundfläche c		
= BGF	Brutto-Grundfläche		

DIN 277	Rauminhalte	Rauminhalte m ³	vom Hundert	Verhältniszahlen m ³ /m ²
BRI a	Brutto- Rauminhalt a			BRI a ^{**})
+ BRI b	Brutto- Rauminhalt b			BRI a/BGF a
+ BRI c	Brutto- Rauminhalt c			
= BRI	Brutto- Rauminhalt		100	

^{**}) Bezugsgrößen sind HNF a, NF a oder NGF a gemäß Bauwerkszuordnungskatalog (zum Beispiel HNF a = 100).

Kosten nach DIN 276 - Zusammenstellung

KG	Kostengruppen	EUR	vom Hundert	EUR (m ²) ^{**)}
200	Herrichten und Erschließen			
300	Bauwerk - Baukonstruktionen ohne besonders nachzuweisende Kosten (312 und andere)			
312 ff.	Besonders nachzuweisende Kosten: 312, 313, 321, 323, 326 und 327			
400	Bauwerk - Technische Anlagen			
500	Außenanlagen			
600	Ausstattung und Kunstwerke ohne 611, 612			
700	Baunebenkosten			
	Zur Aufrundung			
	Summe			
	620 Kunstwerke ^{***)}			

Bei Nachtrag zur Kostenberechnung:

Summe der Kostenberechnung einschließlich des 1. bis _____ Nachtrages			
---	--	--	--

nachrichtlich:

100	Baugrundstück			
611	Allgemeine Ausstattung			
612	Besondere Ausstattung			

Vermerke/Besondere Hinweise:

A/V ^{****)} Umfassungsfläche/Volumen			m ² /m ³
---	--	--	--------------------------------

Außergewöhnliche Kosteneinflüsse:

^{**)} Bezugsgrößen sind HNF a, NF a oder NGF a gemäß Bauwerkszuordnungskatalog.

^{****)} Aus der KG 600 hier nochmals gesondert als Abzugsposition anzugeben.

^{*****)} Verhältnis der wärmeübertragenden Umfassungsfläche A zum hiervon eingeschlossenen Bauwerksvolumen V gemäß Wärmeschutzverordnung.